

Generalangriff auf den Sozialstaat und Kriegsvorbereitung stoppen!



Die CDU/SPD-Bundesregierung ist angetreten, die in Jahrzehnten von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften zu schleifen. Ein „Herbst der Reformen“ soll es werden. Damit wird der umfassendste Angriff auf die Bevölkerung unseres Landes seit dem Ende des 2. Weltkriegs umschrieben. Es gibt nichts, was nicht zur Disposition steht: der 8-Studententag, die Gesundheitsvorsorge und -versorgung, die Pflegeversicherung, die Familienmitversicherung, die Renten Gleichzeitig werden Polizei und Geheimdienste weiter ausgebaut und mit weitreichenderen Befugnissen versehen.

Kanonen statt Butter ...

Woran liegt es, wenn für die elementarsten Dinge unserer Gesellschaft, der Menschen angeblich kein Geld mehr da ist? Schuld sind nicht die Bürgergeldempfänger und auch nicht die Flüchtlinge, die in unser Land kommen. Diese Behauptungen sind ein plumper Versuch, die Gesellschaft zu spalten und von den wahren Ursachen abzulenken. Es ist zum einen der unverschämte Reichtum einiger weniger. Die Zahl der Superreichen in Deutsch-

land mit einem Vermögen von mehr als 100 Mio.€ wächst. Vor allem aber ist es die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung, die den Staat in den Ruin treibt. Beschlossen wurde ein „Sondervermögen“ von 500 Mrd. für die Aufrüstung, und angeblich 500 Mrd. für die marode Infrastruktur. Doch es geht ihnen nicht um Krankenhäuser oder Schulen und Universitäten. Viel mehr sollen marode Brücken oder Straßen für Militärtransporte kriegstüchtig gemacht werden. Kanonen statt Butter - das ist die Parole. Die Bundesregierung bereitet ganz offen einen Krieg vor, und wir, die Bevölkerung dieses Landes, sollen ihn bezahlen. Sie bereiten einen Krieg vor, und die Kinder aus der Arbeiterklasse sollen in den Schützengräben sterben. Deshalb wollen sie auch die Wehrpflicht wieder einführen.



DKP

Deutsche Kommunistische Partei
V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Kontakt zur DKP-
Kreisorganisation Stuttgart:
stuttgart@dkp.de

Zusammenhänge aufzeigen und Widerstand aufbauen!

Gegenwehr gegen diesen Hochrüstungs- und Kriegskurs ist dringend notwendig. Die Gewerkschaften müssen Teil des Widerstands gegen diesen Kriegskurs werden. Der DGB-Bundeskongress fasste dazu wichtige Beschlüsse. Diese müssen mit Leben gefüllt werden. Da ist es wenig hilfreich, wenn sich Gewerkschaftsspitzen beim Kanzler mit den Vertretern der Kapitalverbände zum gemeinsamen Kuschelkurs treffen, um darüber zu reden, wie der Sozialstaat abgebaut werden kann.

Viel wichtiger wäre es, jetzt die Menschen darüber aufzuklären, Unmut und Ängste aufzugreifen und gemeinsame Demonstrationen und Streikmaßnahmen der Gewerkschaften zusammen mit den Sozialverbänden und der Friedensbewegung zu organisieren.

Im Grundgesetz Artikel 20 Abs. 1 ist formuliert: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Weiter heißt es dann im Abs. 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Die Pläne der Bundesregierung sind ein massiver Angriff auf den Sozialstaat und damit auf die verfassungsmäßige Ordnung. So wird die Rechtsentwicklung weiter vorangetrieben.

Friedrich Merz: Hochrüstung statt Sozialstaat

Regierungserklärung 14.05.2025: „Die Bundesregierung wird zukünftig alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die die Bundeswehr braucht, um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden.“

Pressekonferenz 05.03.2025: Es „muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: Whatever it takes“.

CDU-Landesparteitag Niedersachsen 03.08.2025: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“

Soziale Perspektiven statt Kriegswirtschaft

Die Finanznot der Kommunen oder die existenziellen Nöte der werktätigen Bevölkerung haben die Herrschenden noch nie interessiert. Wenn aber - wie jetzt - das Wirtschaftswachstum rückläufig ist, ihre Milliarden-Gewinne durch aufsteigende Länder wie China bedroht sind, und ihre ökonomische Vormachtstellung infrage gestellt wird, dann scheint die Kriegswirtschaft der rettende Anker zu sein. August Pradetto, emeritierter Professor der Bundeswehr-Universität in Hamburg, schätzt ein: „[...] Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. [...] Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung ist völ-

AUFRUF ZUR DEMO

Stuttgarter Bündnis

KOMMUNEN
AM LIMIT

POWERED BY **ver di**

18.7.26

12:00 Uhr, Schlossplatz Stuttgart

WER DEN SOZIALSTAAT SCHWÄCHT - GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE.
DESHALB IM JULI AUF DIE STRASSE

lig verfehlt. [...] Das Dümme, das wir machen können, ist, uns selbst totzurüsten.“ Jetzt sollen aber jährlich Milliardensummen in der Größenordnung des halben Bundeshaushalts in Aufrüstung und Militär investiert werden. Eine Studie der Universität Mannheim zeigt auf, dass Investitionen im Bildungsbereich im Gegensatz zu Militärausgaben volkswirtschaftlich um ein Vielfaches sinnvoller wären. Investitionen in Rüstung generieren keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert, sind letztlich unproduktiv. Ihre Rechnung geht nur auf, wenn das militärische Potenzial auch genutzt wird, um Konkurrenten unter Druck zu setzen bis hin zum Krieg. Den Preis dafür werden wir alle zahlen, wenn wir diejenigen, die in aller Öffentlichkeit den nächsten Krieg vorbereiten, nicht aufhalten. Wir sollten ihnen einen Strich durch die Rechnung machen.

UZ-Friedenstage Berlin 2026

Franz-Mehring-
Platz 1

Das Fest des Friedens und der Solidarität
Gemeinsam kämpfen – gemeinsam feiern!

Live-Bands | Lesungen & Vorträge | Diskussionen & Workshops | Infostände | Internationale Gäste | SDAJ-Jugendbereich | Essen & kühle Getränke | Kinderbereich und mehr...

28. - 30.
AUGUST
2026

SAVE
THE
DATE!

friedenstage.dkp.de



EINTRITT FREI!